

# Vernehmlassungsantwort des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK zur internationalen Zusammenarbeit 2021-2024

Bern, 20. August 2019

## 1. Ausgangslage

Der Bundesrat formuliert drei Kriterien, um die Stossrichtung der Schweizer IZA festzulegen: Die Bedürfnisse der Bevölkerung der Entwicklungsländer, die Interessen der Schweiz und die komparativen Vorteile der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz.

Der Kirchenbund ist der Überzeugung, dass es die Solidarität sein muss, die als Ausgangspunkt für die internationale Zusammenarbeit dienen muss. Aus christlicher Sicht haben alle Menschen als von Gott geschaffene Wesen das Recht, ein Leben in Würde zu führen. In dieser Idee der einen Menschheitsfamilie, welche auch Eingang in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 gefunden hat, gründet das Solidaritätsprinzip.

## 2. Position des Kirchenbundes

### **1) Entsprechen die vorgeschlagenen Ziele Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?**

Die in neuen IZA Ziele 2021-2024 beinhalten Interessen wie die Reduktion von Migrationsursachen, die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Erschliessung von Märkten. Der Kirchenbund ist der Auffassung, dass die Deckung solcher Bedürfnisse nicht prioritär Aufgabe der IZA sein können. Vielmehr sollen auch in Zukunft der verfassungsmässige Grundauftrag und die gesetzlichen Prinzipien - insbesondere der Auftrag Armut zu überwinden - das Zentrum bilden, an dem sich die IZA der Schweiz orientiert.

Vielmehr muss hier die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund rücken. Mit ihr ist ein wichtiger Meilenstein gesetzt um Ziele im Bereich von Migration und Wirtschaft im nachhaltigen Sinne zu verfolgen. Die Schweizer IZA kann und soll zur Umsetzung der Agenda 2030 beitragen. Bekanntlich liegt die Verantwortung aber nicht nur bei der IZA, sondern muss von anderen Politikbereichen geteilt werden. Nur eine Migrations-, Sicherheits- und Aussenwirtschaftspolitik, die kurzfristigen Interessen widersteht, kann einen Transformationsprozess anstossen, der sowohl in den Partnerländern als auch in der Schweiz zu sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit führt. Die Schweizer IZA leistet den wirkungsvollsten Beitrag dazu, wenn sie auf ihren Grundauftrag fokussiert und ihre guten Erfahrungen in Kontinuität weiterentwickelt.

## 2) Entsprechen die neuen Schwerpunkte Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?

### *Arbeitsplätze und Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft*

Es ist zentral, dass die Schweizer IZA dazu beiträgt, dass sich kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) in den Partnerländern behaupten und somit sowohl finanzielles als auch soziales Kapital für die Bevölkerung vor Ort erzeugen können. Partnerschaften mit KMU müssen dem Ziel dienen, für internationale Standards im Bereich der Menschenrecht und Umweltschutz zu sensibilisieren und diese nachhaltig zu etablieren. Auf diesem Weg trägt die Schweizer IZA dazu bei, dass auch ein benachteiligter Teil der Gesellschaft profitiert.

Gleichzeitig müssen Grosskonzerne und multinationale Unternehmen ihrerseits ihren Teil der Verantwortung tragen, indem sie in den Entwicklungsländern verantwortungsvoll und nachhaltig handeln. Menschenrechtsverletzungen und Umweltrisiken sind wirksam vorzubeugen.

### *Klimawandel*

Der Kirchenbund begrüsst es, dass der Klimawandel als Schwerpunkt genannt wird. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den grössten pro Kopf CO<sub>2</sub>-Emissionen. Sie trägt deshalb eine besondere Verantwortung, zumal die negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung im globalen Süden besonders verheerend sind. Der Kirchenbund teilt allerdings die Ansicht der protestantischen Hilfswerke: Für den Klimawandel sind alternative, zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Die Schweiz hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet, weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu bestimmen.

### *Rechtsstaat*

Das Engagement für Rechtsstaatlichkeit muss im Rahmen der Schweizer IZA eine zentrale Rolle einnehmen. Der Kirchenbund teilt die Ansicht der evangelischen Hilfswerke, wonach eine Stärkung von Recht und Gerechtigkeit nur erreicht werden kann, wenn gleichzeitig die Zivilgesellschaft gestärkt wird. Nachhaltige Entwicklung, die allen Bevölkerungsschichten zugutekommt ist nur möglich, wenn Menschen an politischen Prozessen teilnehmen können und dazu ermutigt werden, indem politische Mechanismen für Partizipation verstärkt werden. Ohne die Mitwirkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte können globale Ziele wie die Bekämpfung von Armut und soziale Gerechtigkeit nicht erreicht werden.

### *Migration*

Der Kirchenbund spricht sich deutlich gegen eine schwerpunktmässige Verknüpfung von Schweizer IZA mit migrationsstrategischen Zielen aus. Der Ansatz, wonach gezielte Massnahmen der IZA eine direkte Auswirkung auf die Süd-Nord Migration hat, verkennt wesentliche Erfahrungswerte und wissenschaftliche Erkenntnisse. Er vernachlässigt etwa die Tatsache, dass ein Grossteil der Migrantinnen und Migranten, die in die Schweiz gelangen, aus europäischen Ländern stammen und nicht aus Einsatzgebieten der

Entwicklungszusammenarbeit. Der Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit auf die Migration in die Schweiz ist daher bereits grundsätzlich beschränkt.

Andererseits wird verdrängt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, die zu einem individuellen Einkommenswachstum führt, und abnehmender Auswanderung fehlt. Entwicklungszusammenarbeit - wenn sie auf ihren differenzierten Ansatz setzt, die Grundversorgung im Gesundheits- und Bildungswesen zu verbessern, ländliche Entwicklung zu fördern und nachhaltig Ursachen der Armut zu bekämpfen - kann Migration in die Industrieländer mildern. Wird sie aber einseitig instrumentalisiert, um prioritär Migration zu reduzieren, wird riskiert, dass die Mittel für die IZA nicht dort eingesetzt werden, wo Armutsbekämpfung am wichtigsten wäre, sondern wo Migrationspotential (vermeintlich) vorhanden ist. Der Grundauftrag der Schweizer IZA wird damit verfehlt.

### **3) Entspricht die vorgeschlagene geografische Fokussierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Ansicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung der Entwicklungsländer, den Interessen der Schweiz und den komparativen Vorteilen der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz?**

Die Schweizer IZA weist breites Wissen und vielfältige Fähigkeiten auf. Dies verdankt sie auch den Erfahrungen, die sie in verschiedenen Weltregionen gesammelt hat. Dass nun eine geografische Fokussierung mit Ausschluss von Ländern in Zentral- und Lateinamerika vorgenommen werden soll, scheint dem Kirchenbund nicht sinnvoll. Langjährige Zusammenarbeit im Bereich Friedensförderung und Menschenrechte beispielsweise in Kolumbien und Honduras würden auslaufen. Hier hat die Schweiz in den letzten Jahren sehr viel Know-How entwickelt und Wirkung erzielt. Dieses Engagement sollte weitergeführt werden.

© Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund SEK  
Bern, 19.08.2019  
info@sek.ch [www.sek.ch](http://www.sek.ch)